

Research Project

FV-105 | Auswirkungen fiskalischer Äquivalenz im Volksschulwesen auf die Bildungsausgaben

Third-party funded project

Project title FV-105 | Auswirkungen fiskalischer Äquivalenz im Volksschulwesen auf die Bildungsausgaben

Principal Investigator(s) [Stutzer, Alois](#) ;

Project Members [Schib, Tobias](#) ;

Organisation / Research unit

Departement Wirtschaftswissenschaften / Politische Ökonomie (Stutzer)

Department

Departement Wirtschaftswissenschaften

Project start 01.01.2023

Probable end 31.12.2023

Status Active

Die Volksschulen werden in der Schweiz von Kanton zu Kanton ganz unterschiedlich organisiert. Besonders kontrovers ist dabei jeweils die Kompetenzaufteilung zwischen Kanton und Gemeinden als auch die Finanzierung. Die Empfehlung von Seiten der ökonomischen Theorie des Föderalismus zu diesen beiden Aspekten lautet „fiskalische Äquivalenz“. Dahinter steckt die Hypothese, dass es für die effiziente Bereitstellung von öffentlichen Gütern notwendig ist, dass Nutzniesser, Kosten- und Entscheidungsträger sich decken. Ansonsten entstehen fiskalische Fehlanreize. Verschiedene empirische Studien stützen diese Vorhersage. Lokale Gebietskörperschaften scheinen dann höhere Ausgaben für lokale öffentliche Güter zu tätigen, wenn deren Kosten zu substantiellen Teilen an andere Gebietskörperschaften externalisiert werden können. Die bisherige Evidenz stützt sich dabei meist nur auf länderübergreifende Unterschiede und untersucht aggregierte Fiskalmasse. Ein solcher ökonometrischer Ansatz ist jedoch anfällig für Verzerrungen durch vergessene Einflussfaktoren. Der Schweizer Föderalismus bietet für eine vergleichende Analyse zur Quantifizierung der Konsequenzen fiskalischer Äquivalenz eine methodisch vorteilhaftere Untersuchungsgrundlage.

Das geplante Projekt unternimmt den Versuch, die Folgen eines Missverhältnisses zwischen Entscheidungs- und Finanzierungskompetenzen bei der Bereitstellung des spezifischen lokalen öffentlichen Gutes Volksschulbildung zu quantifizieren. Obligatorische Schulbildung ist in der Schweiz eine ausschliesslich subnationale Aufgabe. Die Gemeinden sind je nach Kanton unterschiedlich stark in den Vollzug und in die Finanzierung der Volksschule involviert. Wie unsere bisherigen Recherchen zeigen, ist dies insbesondere bei der Bestellung und Finanzierung des Lehrkörpers der Fall.

In vielen Kantonen, wo die Gemeindeebene substantielle Entscheidungskompetenzen bei der Bewirtschaftung des kommunalen Lehrkörpers hat, beteiligte sich die kantonale Ebene bis in die späten 2000er Jahre direkt an den effektiven kommunalen Aufwendungen für Lehrpersonen. Eine solche geteilte Finanzierung generiert für die Gemeinden den Anreiz, mehr für den Input Lehrpersonen auszugeben, als wenn diese selber für ihre Lehrpersonen aufkommen müssten. In der Zwischenzeit haben einige Kantone auf eine pauschalisierte Subventionierung der Lehrerlöhne anhand der kommunalen Schülerzahlen umgestellt.

Im Projekt werden die kantonalen Arrangements bei der obligatorischen Schulbildung vergleichbar erfasst. Auf der Grundlage dieses Datensatzes zu den institutionellen Bedingungen in der Volksschule

sollen mit Hilfe von Daten zu den Ausgaben je Schüler die spezifischen Hypothesen zu den Anreizwirkungen der unterschiedlichen Modelle empirisch getestet werden.

Die generelle Vorhersage lautet, dass Gemeinden mit umfassenden Entscheidungskompetenzen bei der Lehrerbewirtschaftung höhere Ausgaben für Lehrpersonen tätigen, je mehr von den Kosten die kantonale Ebene trägt. Spezifisch erwarten wir, dass die konsolidierten Ausgaben für Lehrpersonen in einem Kanton negativ mit dem lokalen Kostenanteil verbunden sind. Wir erwarten weiter, dass die Umstellung der kantonalen Kostenbeteiligung hin zu pauschalisierten Beiträgen je Schüler Sparanreize setzt.

Financed by

Foundations and Associations

Add publication

Add documents

Specify cooperation partners